

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Oliver Jörg

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Ulrike Gote

Abg. Thomas Hacker

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 a auf:

Gesetzentwurf nach Art. 74 BV

zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Volksbegehren "Grundrecht auf Bildung ernst nehmen - Studienbeiträge abschaffen!" (Drs. 16/15921)

- Erste Lesung -

Volksbegehren sind gemäß § 57 Absatz 2 der Geschäftsordnung wie Regierungsvorlagen zu behandeln. Eine Begründung des Gesetzentwurfs ist nicht vorgesehen. Ich eröffne deshalb sofort die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart.

Ich erteile zunächst dem Kollegen Oliver Jörg das Wort. –

(Zuruf: Vor drei Minuten war er noch da! - Inge Aures (SPD): Zu spät! Weitermachen! - Harald Güller (SPD): Dann machen wir weiter! - Ulrike Gote (GRÜNE): Weitermachen! - Abgeordneter Dr. Thomas Goppel (CSU) begibt sich zum Redepult)

Bitte schön, Herr Kollege.

(Dr. Thomas Goppel (CSU): Für den Kollegen Jörg!)

- Gut.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN - Inge Aures (SPD): Das geht doch nicht! - Ulrike Gote (GRÜNE): Eigentlich geht es weiter in der Rednerliste! - Isabell Zacharias (SPD): Was für uns gilt, muss auch für die CSU gelten! - Glocke des Präsidenten)

Die Fraktion der CSU hat das erste Wort. Die Fraktion hat jetzt den Kollegen Dr. Thomas Goppel benannt.

(Harald Güller (SPD): Herr Jörg ist nicht anwesend! - Weitere Zurufe von der SPD
- Zuruf von der CSU: Kollege Jörg ist jetzt doch schon da!)

- Die Sache wird durch Ihr Geschrei nicht besser. Ich erteile dem Kollegen Jörg das Wort.

Oliver Jörg (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident,

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD) - Karl Freller (CSU): Reden Sie nie mehr von Toleranz, Frau Kollegin! - Christa Naaß (SPD): Das hat mit Toleranz nichts zu tun, sondern mit Disziplin! - Unruhe)

geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, Kollege Oliver Jörg hat jetzt das Wort. Ich bitte um Ruhe in diesem Haus, damit er seine Rede halten kann.

Oliver Jörg (CSU): Kolleginnen und Kollegen der Opposition - -

(Christa Naaß (SPD): Gleiches Recht für alle!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich habe entschieden, dass der Kollege Jörg das Recht hat zu sprechen. Dabei bleibt es. Ich bitte um Aufmerksamkeit für ihn.

Oliver Jörg (CSU): Kolleginnen und Kollegen der Opposition, es ist mir unangenehm, mich hier zu erklären. Aber es ist halt so, dass manchmal ein menschliches Bedürfnis vorliegt. Ich dachte, dazu reicht es noch. Das will ich wirklich nicht vertiefen. Aber ich danke für das Entgegenkommen.

Lassen Sie uns heute zu dem wichtigen Thema reden, das uns seit Wochen und Monaten beschäftigt. Wir hatten in Bayern ein Volksbegehren zur Abschaffung der Studienbeiträge. Mein Respekt gilt zuallererst den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich

an dem Volksbegehren beteiligt haben. Manchmal reden wir hier im Parlament, während draußen Politikverdrossenheit festzustellen ist. Aber hier war das Gegenteil der Fall. Mancher von uns war unterwegs, um mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber zu reden, welcher der richtige Weg beim Umgang mit Studiengebühren ist.

Mein Respekt gilt, geschätzter Kollege aus dem Hochschulausschuss, lieber Michael, vor allem dir ganz persönlich für deinen Einsatz um das Volksbegehren. Jeder hat sich in den letzten Monaten an der Nahtstelle, wo er sich mit den Themenfeldern beschäftigt hat, intensiv mit den Bürgerinnen und Bürgern besprochen und mit ihnen diskutiert. Respekt für 14,3 %! Das Quorum wurde deutlich erreicht. Dazu den Bürgerinnen und Bürgern meine Gratulation! Die CSU-Landtagsfraktion hat sich zwischen Sommer und Weihnachten mehr als intensiv damit beschäftigt, wie wir mit den Studienbeiträgen umgehen. Einer Umfrage des Bayerischen Rundfunks zufolge, wollen fast 75 % der Bayerinnen und Bayern die Studienbeiträge nicht. In der gesamten Legislaturperiode haben wir gemeinsam Bemühungen unternommen, die Studiengebühren noch sozialer auszugestalten. Ein Drittel der Studenten ist von den Gebühren befreit.

Kollege Michael Piazolo hat mit dem, was er angestoßen hat, recht: Auch wir wollen sie wirklich nicht. Daher muss man irgendwann zu einer entsprechenden Entscheidung kommen. Sie alle sind Mitglieder in Volksparteien. Sie gönnen den Prozess in einer Partei all denen, die ehrenamtlich an der Basis unterwegs sind, um die Themenfelder zu besprechen. Dies haben wir gemacht.

Wir sind schon im Oktober zu der festen Überzeugung gekommen: An den Studienbeiträgen werden wir nicht festhalten. Deswegen war es gut, das Volksbegehren zu durchzuführen. Jetzt ist es nicht mehr notwendig, eine Entscheidung herbeizuführen. Wenn so viele Bürgerinnen und Bürger sagen, erstens wir wollen darüber reden, und zweitens, wir wollen die Gebühren abschaffen, dann brauchen wir die Bürger nicht noch einmal an die Wahlurnen zu rufen. Wir wollen gemeinsam den Text, der auf gesetzlicher Grundlage dem Volk vorgelegt wurde, zum Gegenstand des Bayerischen Hochschulgesetzes machen. Aber uns ist es wichtig, an dieser Nahtstelle nicht stehen

zu bleiben. Wir werden in den nächsten Stunden noch viel darüber reden und das Thema vertiefen.

Dann reden wir über die Fragen: Wie gelingt uns eine Kompensation in Bayern zu 100 %? Wie sieht es denn in zwei, drei, vier Jahren aus? Tragen wir den sich weiterentwickelnden Studentenzahlen Rechnung? Und was gibt es in anderen Bildungsbereichen, die im Gleichklang zu betrachten sind? Über all diese Fragen gemeinsam zu reden, ist für das Parlament gut.

Ich sage herzlichen Dank an alle, die sich an der Nahtstelle dafür verwendet haben, dass es uns gemeinsam gelingt, für den Bildungsbereich insgesamt einen ganz beträchtlichen Beitrag zu leisten. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern haben wir diese Entwicklung mit Mitteln versehen. Kein einziges Bundesland, das die Studienbeiträge abgeschafft hat, kompensiert dies aus dem laufenden Haushalt. Zum Teil ist das nicht unsere Leistung, sondern diejenige der Bürgerinnen und Bürger, der vielen Betriebe, der Mittelständler, die in unserem Land überall unterwegs sind, also derjenigen, die unser Land weiterbringen. Wir genießen in Bayern den Luxus, dies alles finanzieren zu können. Dies ist ein wichtiger Beitrag für die Hochschulen.

Lieber Staatsminister Thomas Goppel,

(Volkmar Halbleib (SPD): Da sitzt der Staatsminister Dr. Heubisch!)

wir haben mit guten Gründen vor vielen Jahren die Beiträge eingeführt. Zu den Gründen gehörte, dass wir die Situation der Lehre verbessern und Studierende an ihrer Hochschule noch stärker teilhaben, sie mitentscheiden lassen wollten. Diese Gründe sind nicht obsolet. Deshalb bin ich umso glücklicher, dass wir all die positiven Effekte, die sich mit den Studienbeiträgen verbunden haben, zum Beispiel die studentische Mitbestimmung, aufrechterhalten. Wir nehmen das Positive aus den Studienbeitragsjahren mit in die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Christa Naaß (SPD): Davon sind also bei Ihnen nicht alle überzeugt!)

Das Allerwichtigste: Wir können den Hochschulen jetzt die Perspektive geben, dass all das Gute, das mit Studiengebühren erreicht worden ist – vom Personellen bis hin zu den täglichen Einsätzen, von den Tutorien bis zu den erweiterten Bibliotheksöffnungszeiten usw. -, auch zukünftig möglich sein wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist jetzt für die Studierenden, für die Tutoren und für die Professoren, die sich auf den Weg gemacht haben, eine ganz wichtige Stunde. Die Studienbeiträge einfach abzuschaffen, ist das eine. Gemeinsam Perspektiven für die Zukunft zu formulieren – Sie haben auch Gesetzesanträge eingebracht, die wir im Hochschulausschuss sehr gut kennen -, ist das andere. Das gelingt hier auch – darauf dürfen wir stolz sein – federführend durch die CSU-Landtagsfraktion, die von Anfang an gesagt hat: Wenn wir die Beiträge abschaffen und wenn wir konsequent sein wollen, müssen wir sie kompensieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind mit der Debatte über die Studienbeiträge auf einem mehr als erfolgreichen Weg. Die letzten Monate, als die Hochschulen nicht nur im Mittelpunkt des Interesses des Bayerischen Landtags, sondern der ganzen Gesellschaft in Bayern standen, waren eine gute Zeit. Damit spreche ich aus dem Herzen eines Hochschulpolitikers und beziehe alle ein, die im Hochschulausschuss mit uns gekämpft haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Entschuldigung für die Verspätung am Anfang.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Das war keine Kritik an Ihnen, sondern eine Kritik an der Auslegung der Geschäftsordnung durch den Vizepräsidenten Bocklet!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Jörg. Als Nächste hat Frau Kollegin Isabell Zacharias das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Werter Präsident, geschätztes Haus, Kolleginnen und Kollegen! Die CSU ist mit ihren Aktionen ohnehin immer spät dran; so hat es mich auch heute nicht gewundert, dass sie spät dran war.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Das war jetzt nicht hilfreich! - Franz Maget (SPD): Das war wirklich elegant!)

Kolleginnen und Kollegen, was für ein Tag! Diesen Satz habe ich vor zwei Wochen schon einmal strapazieren müssen. Wir feiern heute einen Sieg der Opposition.

(Beifall bei der SPD)

Nicht jene haben diesen Gesetzentwurf ermöglicht, sondern diese, der linke Teil des Hauses und draußen die Frauen und Männer, die Menschen, die sich beim Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren in die Listen eingetragen haben. Sie sind die Gewinner des heutigen Tages. Sie schaffen die Studiengebühren ab, und niemand sonst.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf daran erinnern: 2005 hat es die ersten Diskussionen über den Sinn der Einführung von Studienbeiträgen, der sogenannten Uni-Maut, gegeben. Diese Diskussionen wurden damals von Staatsminister Thomas Goppel initiiert. Damals hieß es, man versuche eine soziale Abfederung zu schaffen, man müsse die Studierenden daran beteiligen, dass sie eine so hohe Bildung genießen dürfen. Ich sage Ihnen eines: Die Begründung war damals genauso falsch wie heute. Sie haben 2005 Studienbeiträge angedacht und sie 2007 eingeführt und dies damit begründet, dass das Hochschulsystem, das tertiäre Bildungssystem, so chronisch unterfinanziert sei, dass sie das Geld dafür denen aus der Tasche nehmen müssten, die es scheinbar haben. Das war eine falsche Entscheidung, die mit dem heutigen Tag aufgehoben wird.

(Beifall bei der SPD)

2011 hat jener Herr – ich kann nicht mehr "Landesvater" sagen -, also Herr Ministerpräsident Seehofer, zum ersten Mal zu Recht die Verwendung der Studienbeiträge kritisiert. Etwas über 100 Millionen Euro sind angesammelt worden. Daraufhin hat der Fachminister die Anweisung gegeben, man müsse die Mittel abschmelzen. In einer Panik haben die Hochschulen dann das Geld so schnell ausgegeben, dass man gar nicht zugucken konnte. Wir wissen, dass das Geld falsch ausgegeben worden ist. War nur ein Stuhl kaputt, wurden ganze Reihen von Stühlen ausgetauscht. War ein Beamer nur ein Jahr alt, wurde schon eine neue Beamer-Anlage eingebaut. Ich könnte Ihnen viele Beispiele für Ausgaben vorführen, die zeigen, wie absurd diese Abschmelzung gewesen ist, wie absurd der ganze Beitrag gewesen ist.

Die SPD-Landtagsfraktion hat dann eine Massenpetition mit 33.000 Unterschriften initiiert. Damals spürte man in der Bevölkerung schon, dass es so nicht weitergehen kann. Die CSU und die FDP hat das überhaupt nicht beeindruckt. Im Gegenteil – auch das habe ich hier schon gesagt –: FDP und CSU haben, wie in den Protokollen nachzulesen ist, fest und starr an den Studienbeiträgen festgehalten und dies mit den immer gleichen Phrasen und inhaltsleeren Argumenten begründet, die, wie wir heute wissen, nicht stimmten.

Als dann das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren im Herbst 2012 exakt am Geburtstag des geschätzten Kollegen Piazzolo – dir noch mal ein herzlicher Glückwunsch zum Ja, das du für dieses Volksbegehren bekommen hast – zugelassen wurde, merkte der Fraktionsvorsitzende der CSU zum ersten Mal, dass ihm am 15. September 2013 an der Wahlurne die Wählerstimmen wegrauschen könnten. Das war der einzige Grund dafür, dass die CSU so früh gewagt hat, gegenzusteuern. Ich darf einmal festhalten: Das Volksbegehren 2013 hat weit über eine Million Stimmen bekommen. Weit über eine Million Frauen und Männer haben gezeigt, dass sie keine Studiengebühren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Heute liegt uns ein Gesetzentwurf vor – mein Kollege Christoph Rabenstein wird dazu noch Ausführungen machen -, der von der CSU und der FDP nicht aus innerer Überzeugung vorgelegt wird. Das macht die Sache so dramatisch. Die Regierungskoalition in Bayern ist nicht davon überzeugt, dass die Studiengebühren unsozial sind, dass dadurch Frauen benachteiligt werden, und dass eine kostenfreie Bildung eine Staatsaufgabe ist. Rein aus wahltaktischen Gründen stimmt ihr diesem Gesetzentwurf zu. Schämt euch dafür!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Die Kirche im Dorf lassen!)

Vor zwei Wochen haben wir den Gesetzentwurf der Opposition zur Kompensation der abzuschaffenden Studiengebühren vorgelegt. Dazu hat der Fachminister nicht gesprochen. Heute spricht er auch nicht. So viel ist der FDP und dem FDP-Minister dieses Thema wert.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Als Nächster spricht Herr Kollege Professor Dr. Piazolo für die FREIEN WÄHLER. – Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war schon etwas symbolhaft, dass die CSU bei diesem Thema zu spät dran gewesen ist. Auf den letzten Drücker haben Sie es aber doch geschafft, auf den Zug aufzuspringen. Heute stört mich aber etwas anderes, und deshalb habe ich die Bayerische Verfassung dabei. Ein Volksbegehren wird im Landtag normalerweise von der Regierung eingebracht. Beim letzten Volksbegehren zum Nichtraucherschutz hat das der damalige Gesundheitsminister Herr Söder gemacht. Heute traut sich die Regierung nicht, dieses Volksbegehren hier einzubringen und zu begründen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen: Man sieht, dass das schon ein Problem ist, wenn man sich Artikel 74 der Bayerischen Verfassung durchliest. Der Fachminister ist nicht bereit, den Willen des Volkes hier vorzubringen. Hier scheint ein Stück Angst dabei zu sein, wenn sich die Regierung nicht einigen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stehe heute als Bote vor Ihnen, der stellvertretend für 1,35 Millionen Menschen, die sich gegen die Studiengebühren ausgesprochen haben, vor dem Parlament spricht. Ich spreche im wahrsten Sinne im Namen des Volkes. Als Vertreter von 14,3 % der bayerischen Bevölkerung fordere ich das Ende der Studiengebühren in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Gesetzentwurf liegt vor uns, der klar den Willen des bayerischen Volkes bekundet. Das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und das Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt, sind studienbeitragsfrei. So steht es in diesem Gesetzentwurf. Die Menschen wollen die Regierung dazu zwingen, sich von den bisherigen Regelungen zu verabschieden. Die Menschen in Bayern haben der Regierung die Stirn geboten. Bayern ist das letzte Land, das sich von den Studiengebühren verabschiedet. Dies hat die bayerische Bevölkerung erreicht, und dafür danken wir ihr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sicherlich hat auch der Wahltermin ein wenig dazu beigetragen. Es ist schon erstaunlich, was kurz vor Wahlen und aus Angst vor einem Volksentscheid möglich ist.

Lassen Sie mich noch ganz kurz zurückblicken. Meine sehr verehrten Damen und Herren insbesondere von der CSU-Fraktion, stellen Sie sich in den nächsten Monaten nicht vor das Wahlvolk und behaupten, schon immer gegen die Studiengebühren gewesen zu sein und diese abschaffen zu wollen. Das entspricht nicht den Tatsachen.

Ich möchte Ihre Erinnerung auffrischen: In den letzten Jahren hat es elf Anträge, insgesamt sieben Dringlichkeitsanträge und drei Gesetzentwürfe, gegeben. Sie haben elfmal Nein gesagt.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sieben plus drei sind zehn!)

- Es gab noch einen ganz normalen Antrag. Zum Mitzählen für die FDP: Sieben Dringlichkeitsanträge, einen normalen Antrag und drei Gesetzentwürfe. Das ergibt elf. Sie haben elfmal Nein gesagt. Wir haben das Volksbegehren im Herbst 2011 in Würzburg im Rahmen einer Klausurtagung auf den Weg gebracht. Kurz danach haben die Regierungsfractionen Nein gesagt. Bis Mai 2012 haben wir 30.000 Unterschriften gesammelt. Keiner von Ihnen hat unterschrieben. Sie haben Nein gesagt. Das Innenministerium und das Wissenschaftsministerium haben vielmehr versucht, die Unzulässigkeit dieses Vorgehens nachzuweisen. Am 22. Oktober 2012 hat der Verfassungsgerichtshof das Urteil erlassen. Kurz danach haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, und Sie haben Nein gesagt. Einen Tag später hat Ministerpräsident Horst Seehofer die Wende eingeleitet.

Ich weiß nicht, ob dieser Umschwung aus innerer Überzeugung erfolgt ist. Ich hoffe es. Ich wünsche es. Neulich habe ich Sie in einem Interview Herrn de Talleyrand-Périgord zitieren hören: Die Menschen wollen belogen werden. Sie haben sich diesen Spruch dort nicht zu eigen gemacht. Das sage ich ganz deutlich. Sie haben aber gesagt: Die Menschen wollen belogen werden. Wenn das Ihr Wahlspruch sein sollte, sollten Sie ihn überdenken.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich sagte "wenn" und sprach im Potenzialis.

Wir haben den zehnten und elften Dringlichkeitsantrag gestellt. Jedes Mal hat die Regierung Nein gesagt. Hinzu kommt, dass der Wissenschaftsminister gesagt hat: Wir als FDP stehen zum Volksentscheid; wir wollen den Volksentscheid; ich stehe dazu;

es wird jedoch keinen Volksentscheid geben. Die FDP steht nicht dazu. Mit 14,3 % war das Volksbegehren erfolgreich. Das Volk hat Ja gesagt. Nach zwei oder drei Tagen folgte der nächste Dringlichkeitsantrag. Die Regierungsfractionen haben wieder Nein gesagt. Im Februar ist die FDP dann umgefallen. Vor dem Hintergrund dessen, was ich gerade gesagt habe, und wenn man so auf einem Volksentscheid beharrt und ihn dann nicht durchführt, sage ich: Das trägt das Odium des verletzten demokratischen Anstands in sich.

(Thomas Hacker (FDP): Wollen Sie ihn, oder wollen Sie ihn nicht? Sie müssen sich entscheiden!)

Wenn Sie ein bisschen in der Geschichte zurückgehen, wissen Sie, von wem das Zitat stammt. Das Zitat stammt von Frau Hamm-Brücher anlässlich ihrer Rede am 1. Oktober 1982 zum Bruch der Koalition von FDP und SPD, der Regierung Schmidt. Es gibt also einige Beispiele in der Geschichte Ihrer Partei.

(Thomas Hacker (FDP): Sie erinnern sich noch an das Jahr 1982?)

- Ich erinnere mich sehr gut. Damals saß ich vor dem Fernseher und habe gesagt: Diese Frau hat Mut. Den hat sie bis heute bewiesen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie muss Mut haben, wenn Sie in der FDP ist!)

Sie ist nicht mehr Mitglied der FDP.

Leider ist die Wende halbherzig. Das bedauere ich.

Die Stellungnahme, die die Staatsregierung abgegeben hat, ist keine Stellungnahme. Laut Artikel 74 "Volksbegehren, Volksentscheid" Absatz 3 der Bayerischen Verfassung hat die Staatsregierung dem Landtag eine Stellungnahme zu unterbreiten. Das bedeutet eine rechtliche Begutachtung, eine Folgenabschätzung und eine Positionierung. Das heißt, man muss deutlich machen, wo man steht. So steht das auch im Kommentar von Nawiasky zur Bayerischen Verfassung. In Ihrer Stellungnahme steht gar

nichts. Das sind drei Absätze. Das ist eine Zustandsbeschreibung. Es steht nicht drin, wie Sie zu diesem Volksbegehren stehen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Richtig!)

Das ist keine Stellungnahme im Sinne der Bayerischen Verfassung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN - Ulrike Gote (GRÜNE):
Weil Sie zu feige sind!)

Das macht deutlich, dass Sie sich in der Regierung nicht auf eine Position haben einigen können. Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Ist es nicht möglich gewesen, die FDP-Minister zu einer Stellungnahme zu überreden und sie durchzusetzen? Wo bleibt Ihre Richtlinienkompetenz? Eine Stellungnahme ist nicht erfolgt. Das moniere ich deutlich. Der Landtag hätte sich auch überlegen können, ob er diese Stellungnahme in dieser Form überhaupt annimmt.

Unser Volksbegehren ist klar, es ist einfach und kraftvoll. Das haben auch die Bürger begriffen. Sie haben gegen die Regierungsfractionen entschieden. Elfmal haben die Regierungsfractionen Nein gesagt. Das Volk hat einmal Ja gesagt. Dieses Ja ist stärker als die elf Nein. Das Volk hat gesagt: Wir können es. Im Grunde genommen ist es der damalige Satz Obamas: Yes, we can. Wir können es als Volk. Die Regierung kann es nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Kollegin Gote von den GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Gote (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung bringt heute den Gesetzentwurf des Volksbegehrens ein. Zu den Umständen muss man nichts mehr sagen. Das hat der Vorredner

zu Genüge getan. Es gibt keine Stellungnahme der Staatsregierung dazu. Das ist bedauerlich und feige. Wenigstens jetzt müsste man Farbe bekennen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dennoch ist heute ein guter Tag für Bayern. Es ist ein denkwürdiger Tag. Es ist ein guter Tag für die Bildung in unserem Land. Wir werden mit der Abschaffung der Studiengebühren eine entscheidende Fehlsteuerung, eine falsche Weichenstellung korrigieren. Die Fehlentscheidung aus dem Jahre 2006 der Kolleginnen und Kollegen von der CSU und auch von der FDP – Sie haben das mitgetragen – werden wir korrigieren. Bis dahin ist es ein zäher Kampf gewesen. Ich erinnere daran, dass wir GRÜNE von Beginn an gegen die Studiengebühren argumentiert und gegen ihre Einführung gekämpft haben. Seit dem Jahre 2006 sind wir nicht müde geworden, eine Initiative nach der anderen hier im Landtag zur Abschaffung dieser unseligen Gebühren einzubringen.

In den Jahren wuchs die Gruppe der Unterstützerinnen und Unterstützer dieses Anliegens. Im letzten Jahr ist es so klar geworden wie nur eben möglich, dass die Mehrheit der Menschen in Bayern Ihre Studiengebühren nicht will. Sie stehen als Gebührenfreunde allein auf weiter Flur. Mögen Sie es noch so oft wiederholen und mögen Sie noch so anhaltend versuchen, Ihre Fehler der Vergangenheit schönzureden: Es gibt keinen neuen Sachstand in dieser Frage. Das wollte man uns weismachen. Den gibt es nicht. Die Studiengebühren sind nicht über die Jahre falsch geworden. Sie waren es von Anfang an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben keine neue Lage, weder in Bayern noch im Bund. Nur Sie lagen schon immer falsch. Da gibt es kein Vertun. Ob Sie es nun zugeben oder nicht: Die Einführung der Studiengebühren war die Fehlentscheidung der schwarzen Hochschulpolitik in diesem Land.

Jetzt werden Sie endlich von uns, vom Volk, korrigiert. Sie haben über Jahre dem Bildungsstandort Bayern geschadet. Sie haben die Grundfinanzierung der Hochschulen mittlerweile über Jahrzehnte schleifen lassen. Nein, richtigerweise müsste man sagen: Sie haben sie geschliffen. Sie haben sich auf zeitgeistige und neoliberale Positionen zurückgezogen. Sie haben Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt: die Krankenschwester gegen den Chefarzt, den Meister gegen den Akademiker, die Kindergarteneltern gegen die Eltern der Studierenden – wie billig. Da werden Sie zu Recht unruhig.

(Georg Schmid (CSU): Das glauben Sie ja selber nicht!)

Manche machen das auch noch heute, liebe Freunde von der FDP. Sie haben die Studierenden und ihre Familien, die ohnehin schon hohe Summen für das Studium aufbringen, gnadenlos mit Ihren Studiengebühren abgezockt. Dabei haben Sie sich Ihrer Verantwortung entzogen. Bildung ist ein Grundrecht, Bildung ist eine Staatsaufgabe, und Bildung ist Ländersache. Die Frage ist: Muss der Staat denn alles zahlen? Nein, das muss er nicht. Der Staat muss nicht alles zahlen. Aber für die Bildung, für die Zukunft unseres Landes steht er sehr wohl in der Verantwortung.

Sie haben in den letzten Jahren in vielen Wirtschaftsbereichen durch Misswirtschaft gegläntzt, siehe Rechnungshofbericht von gestern, siehe Landesbank. Sie haben Vermögen Bayerns verschleudert statt zu investieren, wie es Ihre Aufgabe gewesen wäre.

(Widerspruch bei der CSU)

Die Studiengebühren waren von Anfang an unsozial und bildungsfeindlich. Sie haben nichts dafür getan, denen den Hochschulzugang zu erleichtern, die finanziell schlechter gestellt sind. Sie haben nichts dafür getan, Diversität an unseren Hochschulen zu fördern. Sie haben nichts für benachteiligte Gruppen getan.

(Zuruf von der CSU: Wahlkampfgetöse!)

Sie waren damit zufrieden, wie es war; so sollte es ja auch bleiben. Die sogenannten Bildungseliten sollten unter sich bleiben; es sollten die studieren, die es sich leisten können. Sozialaufstieg über Bildung stand und steht noch immer nicht auf Ihrer Agenda.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie haben Jahre vertan, in denen Sie sich um Bildungsgerechtigkeit in unserem Lande auf allen Ebenen hätten kümmern müssen.

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Diese gravierende Fehlsteuerung hat Ihnen das bayerische Volk regelrecht um die Ohren gehauen. Sie sind in Bausch und Bogen und auf ganzer Linie als Verfechter des Bezahlstudiums untergegangen. Das ist gut so.

Es hat auch Signalwirkung für unser Land; denn es gibt noch mehr, was zu korrigieren wäre, und wir sind auch schon mitten in den Debatten dazu, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen. Die Menschen in Bayern sind längst weiter als Sie. Sie haben ein gutes Gespür dafür, was eine gute Landesregierung für sie leisten soll.

(Zurufe von der CSU)

Sie lassen sich nicht mehr mit Betreuungsgeld abspeisen, mit dem Sie sich vom Ausbau der Kindertagesstätten freikaufen wollen. Sie wollen Gerechtigkeit, auch für Schwule und Lesben, und die Gleichstellung der schwul-lesbischen Lebenspartnerschaften mit der Ehe. Hier sind Sie von vorgestern; Sie führen Gefechte der Vergangenheit auch hier.

Die Menschen wollen sich auch nicht länger schämen müssen für Ihre menschenunwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik, verkörpert in extremer Weise von Ihrer Sozialministerin, wie wir in den letzten Tagen mit Entsetzen beobachten mussten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Unruhe bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Seien Sie doch nicht so böseartig!)

Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die Regierenden die Heimat bewahren und der Umweltzerstörung und dem alltäglichen Flächenfraß in Bayern nicht weiter Vorschub leisten. Auf all diesen Feldern öffnen sich Chancen für unser Land, die wir nutzen und ausbauen werden. Und deshalb ist heute der Tag, an dem die Abschaffung der Studiengebühren mit der Ersten Lesung zum vorliegenden Gesetzentwurf näher rückt; das ist ein guter Tag für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Frau Kollegin. Als Nächster hat Kollege Thomas Hacker das Wort. Bitte sehr.

Thomas Hacker (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir von Ulrike Gote gehört haben, war schon fast der Entwurf einer Regierungserklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Zurufe: Bravo!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen versprechen: Dazu wird es nicht kommen.

Sie weisen darauf hin, wo wir in der Bildungspolitik Maßnahmen ergreifen müssen, um die soziale Frage im Bildungssystem zu beantworten. Am Schluss aber kommen Sie zu einem verkehrten Ergebnis. Die Beitragsfreistellung an der Hochschule wird die soziale Frage im Bildungssystem nicht beantworten. Wir müssen sie an anderer Stelle beantworten. Das wissen Sie alle, und so ist es umso empörender, wenn versucht wird, sich zu feiern, da wir die Mittel dann eben nicht haben, um die Situation in den Kindergärten zu verbessern, die Qualität in den Kinderkrippen zu erhöhen, die soziale Gerechtigkeit möglichst zu erreichen, Chancen zu schaffen durch Bildung und den sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Alle diejenigen, die zum Abitur gekommen sind, haben das Bildungssystem bis zur Spitze durchlaufen; aber wir verlieren viel zu viele junge Menschen in den Jahren davor. Das fängt bereits in den ersten Jahren an. Deswegen ist heute tatsächlich ein guter Tag, weil wir beim nächsten Tagesordnungspunkt ein Bildungsfinanzierungsgesetz einbringen werden, das eben nicht nur den Ersatz der Hochschulbeiträge vorsieht, sondern auch die richtigen Weichenstellungen schafft, damit sich die Chancen der jungen Menschen verbessern.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren deswegen nicht nur in den Krippenausbau über 800 Millionen Euro allein in dieser Legislaturperiode zur Unterstützung der Kommunen. Wir investieren auch dafür, dass die Gruppen in den Kindergärten kleiner werden, dass Kinder mit Behinderung besser berücksichtigt werden, damit die Öffnungszeiten in den Krippen flexibler werden, damit im Land tatsächlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist und sich nicht die Frage stellt: Familie oder Beruf. Wir wollen Chancen schaffen für die jungen Familien.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Deswegen werden wir auch einen weiteren Schritt zur Beitragsfreistellung im Kindergarten gehen; denn wir müssen die jungen Menschen erreichen und fördern, wenn wir intensiver schon mit den Kindern arbeiten wollen.

Im Übrigen ist es klar, dass gute Sprachkenntnisse Grundvoraussetzung für einen Bildungserfolg sind. Das heißt, wir müssen mehr Familien mit Migrationshintergrund, aber auch deutschen Familien, die nicht allein in der Lage sind, den Kindern optimale Voraussetzungen zu geben, den Weg durch das Bildungssystem ebnen. Auch hier müssen wir uns einbringen. Vor diesem Hintergrund haben wir als FDP darum gerun-

gen, wie wir mit dem Volksbegehren und ebenso mit der Positionsänderung des Koalitionspartners umgehen müssen. Denn wir tragen Verantwortung für dieses Land.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das nehme ich Ihnen nicht ab!)

- Herr Halbleib, das brauchen Sie uns auch nicht abzunehmen; denn wir setzen alles daran, dass diese Politik im September dieses Jahres in die Verlängerung geht. Wir sind auf einem guten Weg im Bildungssystem.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir lassen die Studenten nicht im Regen stehen. Bei Ihrem Gesetzentwurf, den Sie eingebracht haben, geht es nicht darum, wie die Beträge ersetzt werden können und wie der Ausgleich geleistet werden kann. Herr Piazzolo, Sie wissen doch selber, dass das Landesverfassungsgericht dann sicherlich anders geurteilt hätte.

Die Koalition aus CSU und FDP ist auf dem richtigen Wege: Bildungsfinanzierung, Bildungsinvestitionen an der richtigen Stelle für die Unterstützung der Familien, der jungen Menschen, Bildungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Für all das setzen wir uns über den September hinaus in Regierungsverantwortung für Bayern ein.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Dr. Christoph Rabenstein von der SPD das Wort. Bitte sehr.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über kein Thema wurde schon öfter und intensiver diskutiert als über die Studienbeiträge. Deshalb wiederhole ich jetzt nicht alle Argumente, sondern ich möchte lediglich zur aktuellen, für mich etwas paradoxen Situation einige Anmerkungen machen.

Der uns vorliegende Gesetzentwurf wird wohl von der breiten Mehrheit hier im Hohen Hause unterstützt. Wir werden vielleicht die eine oder andere Änderung im Ausschuss diskutieren, aber ansonsten stimmt wohl die große Mehrheit, wohl das ganze Hohe Haus dem Gesetzentwurf zu.

Die Abgeordneten der CSU und der FDP unterstützen damit folgende Aussagen:

(Zuruf von der CSU: Woher wissen Sie das jetzt schon?)

Die Erhebung der Studienbeiträge stellt eine große finanzielle Belastung für die Studierenden und ihre Familien dar. Richtig. Da müssen Sie zustimmen. - Nächste Aussage: Die Erhebung der Studienbeiträge wirkt sozial selektiv. Wunderbar, da stimmen Sie auch zu. - Sie macht Bildung zur Ware. Auch da stimmen Sie zu. - Und die letzte Aussage – auch da stimmen Sie zu -: Sie verstärkt die Abhängigkeit der Studierenden vom Geldbeutel der Eltern. Wunderbar, toll, dass Sie hier dann zustimmen werden.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wir haben heute doch gar keine Abstimmung!)

Kollege Thalhammer, heute nicht, aber Sie werden dem Gesetzentwurf doch dann später in breiter Mehrheit zustimmen, sonst hätte man ihn so nicht eingebracht. Dazu sage ich: Guten Morgen, liebe Abgeordnete der Regierungskoalition. Das sind Aussagen, die wir seit vielen Jahren vertreten und die nun von Ihnen unterstützt werden. Herzliche Gratulation!

(Beifall bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, Sie merken schon an dem Ton, den ich hier anschlage, meine Frage: Stehen Sie im Ernst wirklich hinter diesen Thesen? Ich glaube: Nein. Sie stimmen nur aus opportunistischen, wahltaktischen Gründen zu.

(Widerspruch bei der CSU und der FDP)

Nun sage ich Ihnen noch, was Opportunismus bedeutet. Ich habe bei Wikipedia nachgeschaut. Opportunismus wird häufig als grundsatz- und charakterloses Verhalten beschrieben. Das trifft genau auf CSU und FDP im Hohen Hause zu.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Warum? Sie handeln doch nicht aus innerer Überzeugung. Beim Ministerpräsidenten glaube ich das nicht. Warum? Sie stimmen aus Angst vor der Bevölkerung zu, weil Sie glauben, dass die bayerische Bevölkerung bei einem Volksentscheid für die Abschaffung gestimmt hätte, und dem wollten Sie zuvorkommen. Das ist der einzige Grund.

(Tobias Thalhammer (FDP): Woher wollen Sie wissen, dass wir zustimmen?)

Ich sage Ihnen: Viele Menschen in Bayern sind zwar gutgläubig, aber nicht dumm.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie verkaufen sie nur für dumm!)

Sie sind nicht dumm, und die Quittung werden Sie am 15. September bei der Landtagswahl bekommen. Die Menschen wählen lieber das Original als eine Kopie.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Deswegen sage ich: Die SPD war zusammen mit der Opposition von Anfang an gegen die Studienbeiträge – aus den guten Gründen, die jetzt explizit im Gesetzentwurf genannt werden.

Zum Schluss noch einige Sätze zur FDP. Sie ist insgesamt – es wird nicht verwundern, wenn ich das hier sage – noch unglaubwürdiger als die CSU. Als die Christdemokraten den Stimmungswechsel in der Bevölkerung wahrgenommen haben, hat die FDP bis zuletzt munter dagegehalten. Das ist doch der einzige Grund. Nur aus Furcht vor dem Ende der Koalition und den dann fälligen Neuwahlen hat man die Taktik geändert.

(Thomas Hacker (FDP): Herr Rabenstein, wir haben unsere Überzeugung nicht aufgegeben! - Tobias Thalhammer (FDP): Ihre Rede ist opportunistisch!)

Das ist noch unglaublicher als das Verhalten der CSU. Wenn ich frei nach Schiller zitiere, hat man gesagt: Zurück! Du rettetest die Studiengebühren nicht mehr, so rette das eigene Leben! Das war das einzige Motiv der FDP. Ich bin mir aber sicher: Das rettet die FDP nicht, sie wird auch in Bayern wieder zur Drei-Pünktchen-Partei, und – das sage ich hier ebenfalls sehr deutlich – das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Hochmut kommt vor dem Fall, Herr Kollege!)

– Abwarten, wer dann den Hochmut vor dem Fall auszubaden hat! Ich glaube, das trifft eher für die FDP zu als für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch sehe und höre ich nicht. Damit ist so beschlossen.